

Information gemäß Art. 13, 14 der Datenschutz-Grundverordnung Nutzung Outlook

Datenschutzinformationen

Stadtverwaltung	Mengen, Personalstelle
Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO	<p>Bürgermeister Stefan Bubeck Hauptstr. 90, 88512 Mengen Tel. 0 75 72 / 607 – 0 info@mengen.de</p> <p>Stv. Bürgermeisterin Brunhilde Raiser Hauptstr. 90, 88512 Mengen Tel. 0 75 72 / 607 – 0 info@mengen.de</p>
Behördliche Datenschutzbeauftragte	<p>Ulrike Rögler Datenschutzbeauftragte der Stadt Mengen Hauptstr. 90, 88512 Mengen datenschutzbeauftragte@mengen.de</p>
Zweck(e) der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlagen	<p>Die Stadt erhebt und nutzt personenbezogene Daten (Adressdaten) für die laufende Kommunikation und Arbeitsplatzorganisation über das Programm Outlook. Die betrifft insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kontaktdaten • Email-Verkehr • persönliche Kalender und Aufgaben <p>Rechtsgrundlage:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO (öffentliche Aufgabenerfüllung) • Art. 6 Abs. 1 Buchst. a DSGVO (Einwilligung)
Datenquelle	<ul style="list-style-type: none"> • i.d.R. Betroffene selbst • Datenträger Dritter (Briefbögen, Prospekte, Homepage u.ä.) • Weitergabe innerhalb von Teams
Dauer der Speicherung	<p>Protokolldateien über alle ein- und auslaufende E-Mails und aufgerufene Internet-Adressen sowie Protokollierung der Aktivitäten der einzelnen Benutzer über die Zeit der Nutzung und der verwendeten Programme: Löschung m Regelfall nach Ablauf von zwei Monaten gelöscht.</p> <p>Speicherung der. eingehende und ausgehenden E-Mails (Programm „Message Archiver 150“ der Firma Barracuda Networks): zehn Jahre aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen (Abgabenordnung, Handelsgesetzbuch).</p> <p>Sonstige Daten werden gelöscht, wenn der Zweck entfällt, sofern keine Archivierungspflicht besteht.</p> <p>(vgl. Dienstvereinbarung zum Einsatz der Informations- und Kommunikations-Technik bei der Stadt Mengen vom 15.05.2018)</p>

Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden)	<ul style="list-style-type: none"> • Eine direkte Weitergabe der Kontaktdaten erfolgt grundsätzlich nicht; diese dienen nur der persönlichen Nutzung zur Arbeitsorganisation. • Email-Versand: Erkennbarkeit der Email-Adresse für alle am Prozess-Beteiligten, sofern nicht die BCC-Funktion gewählt wird, wenn der Empfängerkreis nicht allgemein bekannt werden darf / muss. • Einsehbarkeit durch IT-Abteilung / Administrator
Widerruf bei Einwilligung	<p>Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DSGVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.</p> <p>Die gilt nicht, wenn die Speicherung und Verarbeitung der Daten der Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe dient.</p>
Verpflichtung, Daten bereitzustellen, Folgen der Verweigerung	<ul style="list-style-type: none"> • Kontaktdaten von Mitarbeitern müssen zwingend intern bereitgestellt werden, um die Funktionalität der Verwaltung zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben sicherzustellen. • Kontaktdaten Dritter können mit deren Einwilligung genutzt werden; ein Widerruf der Einwilligung hat zur Folge, dass eine digitale Kommunikation unterbleibt.
Betroffenenrechte	<p>Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO). b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO). c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO. d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung. e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DSGVO).

Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Königstraße 10a, 70173 Stuttgart, Tel.: 0711/61 55 41 0, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.